

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Bundesbank - Baunindustrie -
Lehrstellenmarkt - Standortqualität - Entwicklungshilfe**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1996) : Kurz kommentiert: Bundesbank - Baunindustrie - Lehrstellenmarkt - Standortqualität - Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 9, pp. 445-446

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137386>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank

Außenwirtschaftliche Erwägungen

Wieder einmal ist es der Bundesbank gelungen, geldpolitisch für eine Überraschung zu sorgen: Am 22. August gab sie nicht – wie erwartet – einen ganz kleinen Zinsschritt, sondern gleich einen etwas größeren bekannt. Sie setzte den Pensionssatz von 3,3% auf 3,0% herunter und hielt ihn seither konstant. Andere europäische Länder unternahmen ähnliche Schritte. So senkten die französische, belgische, niederländische und österreichische Zentralbank ihren Interventionszins zeitgleich. Binnenwirtschaftlich gesehen wäre der Schritt gemäß Zielvorgabe der Bundesbank nicht notwendig gewesen. Das Wachstum der Geldmenge hat sich zwar seit dem Frühjahr spürbar verlangsamt, lag im Juli mit 8,6% aber noch immer deutlich über dem Zielkorridor von 4% bis 7%. Auch eine zu erwartende weitere Annäherung an den Korridor erfordert noch keine Zinssenkung.

Mitglieder des Zentralbankdirektoriums betonen, man habe sich dem Vorwurf des „Fine-Tunings“ entziehen und für absehbare Zeit Klarheit schaffen wollen. Aber Klarheit worüber? Sollen die Marktteilnehmer überzeugt werden, daß die seit 1992 abwärtsgerichteten Trippelschritte der Pensionssatzfestlegung nunmehr beendet und weitere Zinssenkungserwartungen hinfällig sind? Gleichzeitige Hinweise auf das internationale Umfeld deuten angesichts aufkeimender Wechselkursprobleme europäischer Nachbarstaaten darauf hin, daß außenwirtschaftliche Erwägungen entscheidender waren. Zwangsläufig wird mit dem Näherrücken der Europäischen Währungsunion (EWU) der Druck auf die Bundesbank wachsen, die Interessen anderer europäischer Länder geldpolitisch mit wahrzunehmen. Dies ist für Deutschland und die EWU allerdings nur dann wirklich problematisch, wenn die geldpolitischen Interessen noch stärker als gegenwärtig divergieren. de

Bauindustrie

Unnötiger Kraftakt

Mit der außerordentlichen, fristlosen Kündigung der Tarifverträge für Ostdeutschland hat der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie für vermeidbaren Konfliktstoff in der nicht zur Ruhe kommenden Bauwirtschaft gesorgt. Sowohl der durch Schlichterspruch ausgehandelte Tarifvertrag vom April über die Lohnerhöhung von 1,85% ab 1. September als auch

die Stufenvereinbarung über die Angleichung der Osteinkommen an das Westniveau wurde mit sofortiger Wirkung gekündigt. Der Hauptverband begründete seinen dramatischen Schritt mit der deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der ostdeutschen Bauindustrie. Angesichts der prekären Situation hätten viele Betriebe gedroht, den Hauptverband zu verlassen, wenn es bei den ausgehandelten Tarifvereinbarungen bliebe.

Letzteres scheint der ausschlaggebende Punkt für den unnötigen Kraftakt des Hauptverbandes zu sein, dem sich übrigens der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes nicht angeschlossen hat; allerdings hat auch er Nachverhandlungen gefordert. Auch wenn sich die Lage drastischer als erwartet entwickelt hat, kann sich der Hauptverband kaum auf neue Tatbestände für seinen rigorosen Schritt berufen. Eine Abkühlung der Baukonjunktur nach dem einigungsbedingten Boom in den vergangenen Jahren deutete sich bei Abschluß des Tarifvertrages bereits an: Schon zu diesem Zeitpunkt zeigten sich spürbare Ermüdungserscheinungen im gewerblichen und im öffentlichen Bau, und die Kappung der Sonderabschreibungen für den privaten Wohnungsbau zum Ende dieses Jahres ließ auch hier eine deutliche Abschwächung erwarten. Gleichwohl erfordert die prekäre Lage am Bau Konzessionen; so sollte zumindest die weitere Anpassung der Löhne an das Westniveau ausgesetzt werden. Dies sollte jedoch am Verhandlungstisch erreicht werden. dw

Lehrstellenmarkt

Rentabilität erhöhen

Als Grund für die in den vergangenen Jahren spürbar nachlassende Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen werden immer häufiger die hohen Ausbildungskosten angeführt. So könnte einer Umfrage der Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz zufolge die Lehrstellenlücke durch eine Senkung der Vergütung für Auszubildende bedeutend verkleinert werden. 28% der befragten Betriebe wären bereit, mehr Lehrstellen anzubieten, wenn die Ausbildungsvergütungen, die im Durchschnitt mehr als 1100 DM im Monat betragen, um etwa ein Drittel gekürzt würden. Daneben ist vielen Betrieben die zu geringe Anwesenheit im Betrieb ein Dorn im Auge. Gerade kleine und mittlere Betriebe plädieren für eine Reduzierung des Berufsschulunterrichts.

Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ist es nur allzu verständlich, daß die Betriebe auch bei der

Bereitschaft zur Ausbildung verstärkt Rentabilitätsmaßstäbe anlegen. Berücksichtigt man, daß die Ausbildungsvergütungen im vergangenen Jahrzehnt gegenüber dem Durchschnittseinkommen der Beschäftigten überproportional angestiegen sind, so ist eine Kürzung oder zumindest ein Einfrieren der Lehrlingsgehälter durchaus diskutabel. Aus Rentabilitätsgründen den Berufsschulunterricht zu reduzieren, ist jedoch nicht unproblematisch. Solange die Anforderungen an die Auszubildenden hinsichtlich überbetrieblicher Schlüsselqualifikationen weiterhin zunehmen, kommt dem Berufsschulunterricht erhebliche Bedeutung zu. Gleichwohl haben sich auch die Berufsschulen ihren Kritikern zu stellen. Nur wenn sie die berechtigten Forderungen der Ausbildungsbetriebe nach einem gestrafften und effizienteren Unterricht ernst nehmen, tragen auch sie zur Lösung des Lehrstellenproblems bei.

wi

Standortqualität Konzertierte Aktion

Mit einem gemeinsamen Auftritt haben die Bundesminister Rexrodt und Rüttgers vor einem Zurückfallen Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb gewarnt und neue Initiativen zur Stärkung einheimischer Standorte angemahnt. Die Begründung für ihre skeptische Einschätzung erscheint zwar teilweise weniger gesichert, als es die Minister dargestellt haben. So kann man kaum generell von einer per saldo negativen Beschäftigungswirkung durch die Internationalisierung von Produktion und Forschung sprechen. Ebenso verstellt die Betonung internationaler Aspekte leicht den Blick dafür, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit überwiegend aus internen Faktoren resultiert. Dennoch ist die Ministerinitiative sinnvoll und geboten. Sie ruft in Erinnerung, daß nicht allein die (Lohn-) Kosten im internationalen Wettbewerb stehen, sondern auch Standortfaktoren wie Innovationsfähigkeit, Regulierungsdichte, Qualifikation der Arbeitskräfte, Infrastruktur und gesamtwirtschaftliche Dynamik. Zudem wirken sich Neuerungen, die mit Blick auf den internationalen Wettbewerb herbeigeführt werden – und sich unter diesem Aspekt möglicherweise leichter einführen lassen –, auch auf den nationalen Märkten positiv aus.

Der Maßnahmenkatalog enthält eine Reihe von Aspekten, welche die Standortqualität verbessern helfen können. Sie reichen von der Kostendämpfung über mehr Wettbewerb in der staatsfinanzierten Forschung

bis zur Förderung von Innovationsnetzwerken und Unternehmensgründungen. Die meisten dieser Maßnahmen sind allerdings bereits seit längerem in der Diskussion, und sie werden nicht näher konkretisiert. Insofern macht die konzertierte Aktion der Minister einmal mehr deutlich, daß die Durchsetzung gesamtwirtschaftlich sinnvoller Aktionspläne zumindest ebenso schwierig ist wie deren Formulierung.

ju

Entwicklungshilfe Finanzieller Abstieg

Die für die Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt 1997 vorgesehenen Kürzungen der Sollansätze des Vorjahres um 4,2% auf nunmehr 7,8 Mrd. DM verdeutlichen einmal mehr den finanziellen Abstieg der Entwicklungszusammenarbeit. Man kann noch froh sein, daß der zwischen 1985 und 1996 von 2,6% auf 1,7% kontinuierlich gesunkene Budgetanteil nicht erneut Schaden genommen hat; er wird 1997 bei 1,8% liegen. Die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Ansätze lassen keine Trendwende erkennen. Das Festhalten an dem nunmehr seit gut 25 Jahren unerfüllten Versprechen, 0,7% des BSP für die Entwicklungsländer bereitzustellen, ist zur Farce geworden: 1994 wurde mit 0,33% der tiefste Punkt seit gut 20 Jahren erreicht.

Neben der außenpolitischen Schadenbegrenzung stellt sich für das BMZ und seine Durchführungsorganisationen in den kommenden Jahren die Notwendigkeit, die Entwicklungszusammenarbeit weiter programmatisch zu schärfen, schmerzliche strukturelle Konsequenzen zu ziehen sowie die Effektivität und Effizienz der Projekte zu steigern. So wird sich die Hilfe noch stärker als bisher an den neuen Vergabekriterien des BMZ ausrichten müssen. Das werden Länder, die die Menschenrechte verletzen, Rechtsicherheit vermissen lassen, ihre Bevölkerung unzureichend an der politischen Willensbildung beteiligen und sich marktwirtschaftlichen Reformen verschließen, zu spüren bekommen. In den übrigen Ländern wird die Hilfe inhaltlich gerade auf diese Bereiche konzentriert werden, und man wird dort gänzlich aussteigen, wo – wie in den Schwellenländern – eine eigenständige Entwicklung in Gang gekommen ist. Im übrigen läßt sich nur durch den Nachweis verbesserter Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Hilfe das matte Image der Entwicklungszusammenarbeit im Parlament so aufpolieren, daß mittelfristig wieder größere Mittelzuweisungen politisch durchsetzbar sind.

bo